

CDU Stadtverband Zella-Mehlis

Bundeskanzleramt  
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Walburga Reinhardt  
Heinrich-Heine-Straße 52  
98544 Zella-Mehlis  
Fax: 03682-4789022  
Mobil: 0151-15349878  
E-Mail: walburga.reinhardt@t-online.de

Zella-Mehlis, den 29. Januar 2016

### **Offener Brief zur aktuellen Flüchtlings- und Asyldebatte**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir wenden uns an Sie, um Ihnen die Ansichten der Mitglieder unseres Stadtverbandes zu den aktuellen Entwicklungen in der Flüchtlings- und Asyldebatte zu übermitteln. Zu einer offenen Mitgliederversammlung hatten wir bereits im November den freien Meinungs austausch mit unseren Mitgliedern zu diesem Thema gesucht. An diesem Abend wurde deutlich, dass uns aus den eigenen Reihen wie auch im Gespräch mit Bürgern viel Gegenwind entgegen schlägt. Unser Schreiben ist das Resultat dieser Versammlung.

Wir bekennen uns zum christlichen Menschenbild und sind bereit, jedem, der in seinem Heimatland aufgrund politischer Verfolgung um Leib und Leben fürchten muss, zu helfen. Nächstenliebe fragt nicht nach Nationalitäten und ist auch nicht limitiert.

Dennoch ist festzustellen: Die Debatte um Flüchtlinge und die Asylpolitik hat das Jahr 2015 wie kein anderes Thema geprägt. Der ungeheure Flüchtlingsstrom brachte alle beteiligten Akteure in Deutschland an ihre Grenzen. Landkreise und Kommunen sind den Aufgaben kaum mehr gewachsen.

Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass die Verringerung des Zuzugs Eingang in die Karlsruher Erklärung fand. Um diese Verringerung zu erwirken, müssen nun die vereinbarten Maßnahmen zügig umgesetzt werden. Schwerpunkte sollten dabei aus unserer Sicht die Sicherung der europäischen Außengrenzen und die Intensivierung von Grenzkontrollen an den Bundesgrenzen sein. Auch die Bekämpfung der Fluchtursachen und der Schlepperbanden bleibt im Maßnahmenbündel bedeutsam. Wir begrüßen das Engagement der Bundeswehr in diesem Zusammenhang und wünschen den Kameraden im Einsatz viel Erfolg und alles Gute. Die konsequente und zügige Rückführung der abgelehnten Asylbewerber ist ein weiterer wichtiger Bestandteil, um die Situation vor Ort zu entspannen.

Uns ist aber auch bewusst, dass einige Zeit vergehen wird, bis die Maßnahmen spürbare Auswirkungen haben werden. Nachdem im vergangenen Jahr 1,1 Mio. Menschen nach Deutschland kamen und erste Hochrechnungen für 2016 ähnliche Zahlen prognostizieren, steht Deutschland vor immensen Herausforderungen, die wir mit Sorge betrachten. Dies vor allem in der erfolgreichen Integration bleibeberechtigter Flüchtlinge.

Nachdem „Ja, wir schaffen das!“ stellt sich uns auch die Frage „**Wie** schaffen wir das?“. Wie soll es uns gelingen, die bleibeberechtigten Flüchtlinge langfristig in unsere Gesellschaft zu integrieren? In einer Form, in der sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, für sich und ihre Familien sorgen können, nach deutschem Recht leben und unsere Werte respektieren?

Nein, die Attentäter von Paris waren keine Flüchtlinge. Aber es waren junge Männer mit Migrationshintergrund, die nie in der westlichen Gesellschaft angekommen sind. Nun hat Frankreich seit jeher eine hohe Zuwanderung. In vielen Vororten haben sich Ghettos gebildet – soziale Brennpunkte, die von Arbeitslosigkeit, Gewalt und Unruhen geprägt sind. Die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien können vor allem auf die fehlgeschlagene Einwanderungspolitik des Landes zurückgeführt werden.

Wir haben die Sorge, dass Deutschland in einigen Jahren vor ähnlichen Problemen stehen wird. Wir haben die Sorge, dass sich die Flüchtlingskrise zu einer Integrationskrise auswächst. Erst die Masse an Einwanderern begünstigt die Bildung von Parallelgesellschaften, welche ihren eigenen Werte- und Moralvorstellungen folgen und Integration nicht zulassen. Mitglieder dieser Parallelgesellschaften, denen es nicht gelingt, in der Gesellschaft Fuß zu fassen, sind anfällig für Hasspropaganda und können den Weg für den Terror in Europa bereiten.

Da ein Großteil der Flüchtlinge aus nichteuropäischen Kulturkreisen stammt, ist der integrative Aufwand sehr hoch. Die Übergriffe der Silvesternacht in Köln lassen erahnen, welcher enormer Gegensatz zwischen unseren westlichen, aufgeklärten Werten und dem Gesellschaftsbild der Flüchtlinge aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum herrscht. Dementsprechend stehen wir als CDU Stadtverband Zella-Mehlis einer Verpflichtung zur Integration, untersetzt mit entsprechenden Kursen und Prüfungen, in Verbindung mit einer entsprechenden Sanktionierung bei Gesetzesverstößen, offen gegenüber.

Unerträglich ist für uns der Umgang mit der Kölner Polizei. Wir sind überzeugt davon, dass die Einsatzkräfte vor Ort ihr Möglichstes getan haben, um die Situation unter Kontrolle zu bringen. Sicher wurden auch Fehler begangen. Warum wurde beispielsweise noch am Morgen des 1.1.2016 im Polizeibericht – zu einem Zeitpunkt, als bereits bekannt war, aus welchem Milieu die Täter kommen, die Ereignisse der Nacht verschwiegen? Warum hatte man das Gefühl, die Herkunft der Täter nicht benennen zu dürfen? Das sind doch die Fragen, die gestellt werden müssen, statt mit dem Finger auf unsere Sicherheitskräfte zu zeigen.

Wenn in unserer Gesellschaft vorhandene Missstände, wie beispielsweise Straftaten und die Kriminalisierung von Menschen mit Migrationshintergrund, nicht benannt werden dürfen, dann befinden wir uns auf einem sehr gefährlichen Weg.

In dem Zusammenhang sind uns auch die Äußerungen der Oberbürgermeisterin von Köln sehr negativ aufgefallen. Wenn auch der öffentliche Shitstorm überzogen sein mag, die Empfehlung von Frau Reker, Frauen sollten „eine Armeslänge Abstand“ halten, offenbart einmal mehr den immer häufiger anzutreffenden Weg des voreilenden Gehorsams. Statt kulturelle Unterschiede, die sich zum Beispiel im Frauenbild widerspiegeln, aufzuarbeiten und konstruktiv nach Lösungen zu suchen, wird betroffenen Frauen eine Mitschuld zugesprochen. Das ist für uns nicht akzeptabel.

Wichtig ist uns daher die Botschaft: Wer als Gast zu uns kommt, muss das deutsche Recht anerkennen und sich ihm unterordnen. Dies ist unabdingbare Voraussetzung für unsere Hilfe.

Als bedenklich empfinden wir vor allem die inzwischen dauerhafte Außerkraftsetzung des Dublin III Abkommen, nach dem der Asylanspruch von Flüchtlingen im Ankunftsland geprüft und dort das Verfahren durchlaufen werden soll.

Wenn „die Politik“ nicht nach geltendem Recht handelt, wie soll man dies Mitgliedern und Bürgern erklären und wie kann man dann selbiges von Bürgern erwarten? Wir wollen keinen Zaun um Deutschland ziehen, aber die Einwanderung muss zwingend geordnet von statten gehen, auch zum Wohle derer, die bei uns Schutz suchen.

Wir tragen den Europäischen Gedanken in uns, aber wir sehen die Flüchtlingskrise als eine Bewährungsprobe für die Europäische Union und bis dato scheint offen, *ob* und *wie* Europa diese meistern wird. Wir erwarten, dass sich die europäischen Regierungschefs darüber klar werden, dass das Problem nur gemeinsam gelöst werden kann. Wenn jeder nur auf sich und seine Befindlichkeiten schaut, wird das Problem laufend nur verlagert und nicht gelöst. Das solidarische Prinzip, das wir Deutsche in anderen Fragen als Hauptleistungsträger zum Wohle anderer europäischer Staaten pflegen, sollten diese Staaten nun auch selbst anwenden und die Hauptzielländer wie Deutschland und Schweden entlasten. Wer sich dem solidarischen Gedanken verweigert, muss auch damit rechnen, dass die deutsche Bereitschaft für Hilfeleistungen sinkt. Solidarität ist keine Einbahnstraße!

Bereits zum Jahresempfang der Thüringer CDU-Landtagsfraktion Ende August 2015 sprach Innenminister de Maiziére von der Errichtung der sogenannten Hotspots an neuralgischen Punkten Europas bis November 2015. Nun, Ende Januar 2016, sind gerade einmal drei der elf geplanten Zentren funktionsfähig. Bei allem Verständnis für die Komplexität solcher Maßnahmen, der notwendigen Abstimmung auf europäischer Ebene, Fragen der Finanzierung (...) – das sollte schneller gehen! Den Ansatz begrüßen wir ausdrücklich. Manche Gedankenspiele, zum Beispiel von Heinrich Quaden Oberst a.D., gehen noch deutlich weiter: Ist es nicht denkbar, Hotspots auf der anderen Seite des Mittelmeeres aufzubauen und dort unter anderem die Botschaften zu ertüchtigen, um die Asylanträge und -verfahren vor Ort abzuwickeln? Eine solche Lösung zu etablieren mag sicher nicht einfach sein, ist aber auch aus humanitärer Sicht bedenkenswert.

Zuletzt bleibt noch ein Blick auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung unseres Landes. Wir beobachten seit Jahren ein Erstarren von linken und rechten Flügel- sowie Protestbewegungen. Einhergehend mit der anhaltenden Krise der Volksparteien scheint das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft aktuell durch die Flüchtlingskrise weiter an Fahrt aufzunehmen. Populisten vereinfachen, wo es keine einfachen Lösungen gibt. Wir als CDU sind in der Pflicht, durch eine reflektierte Sachpolitik komplizierte Umstände wieder und wieder zu erklären und verständlich zu machen. Doch auch wir müssen Lösungen anbieten.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir wünschen Ihnen, der Bundesregierung und den Akteuren auf europäischer Ebene für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen alles Gute, viel Kraft und Durchsetzungsvermögen!

Mit freundlichen Grüßen

Walburga Reinhardt  
Vorsitzende des CDU Stadtverbandes Zella-Mehlis

Sarah Boost  
Stellvertretende Vorsitzende